

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1973

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

Es sind zugewiesen dem

I. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht der VII. R-Senat zuständig ist
2. des Rechts der freien Berufe
3. des Gesundheitsverwaltungsrechts einschl. des Lebensmittel- und Weinrechts
4. des Landwirtschaftsrechts
5. des Vereins- und Versammlungsrechts
6. des Staatsangehörigkeitsrechts
7. des Ausländerrechts
8. des Polizei- und Ordnungsrechts einschl. des Ausweisrechts mit Ausnahme der mit den Rechtsgebieten des IV. R-Senats zusammenhängenden Streitigkeiten
9. des Presserechts
10. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften

II. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzdienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps

Nummern 1 und 2 jeweils mit den Anfangsbuchstaben A — N einschließlich der beim VI. R-Senat bereits anhängigen Sachen

III. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschl. der Schadensfeststellungen, soweit nicht der V. R-Senat zuständig ist
2. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Einrichtungshilfe handelt
3. des Reparationsschädengesetzes (vom 12. Februar 1969 — Bundesgesetzbl. I S. 105), soweit nicht der V. R-Senat zuständig ist

IV. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts
2. des Straßen- und Wegerechts einschl. des Garagenrechts und des Gemeingebrauchs
3. des Kleingartenrechts
4. des Wasser- und Deichrechts einschl. des Baues von Wasserstraßen und des Wasserverbandsrechts
5. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt

V. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts
2. der Kriegsofferfürsorge
3. der Ausbildungs- und Graduiertenförderung
4. des Schwerbeschädigtenrechts
5. des Mutterschutzrechts

6. des Jugendwohlfahrt- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (I. R-Senat)

7. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts

8. des Besatzungsschadenrechts

9. des Währungsausgleichsrechts und des Altspargesetzes

10. des Lastenausgleichsrechts einschl. Schadensfeststellungen, soweit sie allein die Gewährung oder Entziehung (Rücknahme, Widerruf, Verrechnung) von Kriegsschadenrente, Eingliederungsdarlehen, Wohnraumhilfe und sonstige Förderungsmaßnahmen betreffen, sowie Ausschließung von der Schadensfeststellung und von Ausgleichsleistungen

11. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Beihilfe zum Lebensunterhalt und um Eingliederungsdarlehen handelt

12. des Reparationsschädengesetzes, soweit sie Kriegsschadenrente und Aufbaudarlehen betreffen (sonst III. R-Senat)

13. des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes

14. des Sachleistungsrechts

15. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs

VI. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzdienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps

Nummern 1 und 2 jeweils mit den Anfangsbuchstaben O — Z

3. des Rechts der Kriegsdienstverweigerung einschl. der beim VIII. R-Senat bereits anhängigen Sachen

VII. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, und zwar
 - a) des Rechts der Verkehrswirtschaft
 - b) des Rechts des Außenhandels
 - c) des Rechts des Interzonenhandels
 - d) des Rechts der Ernährungswirtschaft mit Ausnahme der Streitsachen aus dem Milch- und Fettgesetz (I. R-Senat)
 - e) des Preisrechts, mit Ausnahme des Mietpreisrechts (VIII. R-Senat)

2. des Straßenverkehrsrechts

3. des Postrechts

4. des Namensrechts

5. des Schul- und Hochschulrechts

6. des Personalvertretungsrechts

7. des Kommunalrechts

8. des Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, für das ein anderer Senat zuständig ist

9. des Wiedergutmachungsrechts, soweit nicht der VIII. R-Senat zuständig ist

10. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschl. der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung
ferner
11. zur Entscheidung eingehende Sachen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind

VIII. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts mit Ausnahme des Rechts der Kriegsdienstverweigerung
2. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes einschl. der beim II. und VI. R-Senat bereits anhängigen Sachen
3. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge
4. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungs- und des Mietpreises einschl. des Wohngeldes

Schlußbestimmungen

1. Soweit sich die Verteilung der Geschäfte nach dem Anfangsbuchstaben richtet, ist der Name des Klägers — bei mehreren Klägern des in der Klageschrift an erster Stelle Genannten, bei Klagen von Erbengemeinschaften der Name des Erblassers, wenn er genannt ist — maßgebend.

Im einzelnen ist maßgebend:

A. bei Klagen physischer Personen:

der Anfangsbuchstabe des Familiennamens. Dabei gelten die zum Namen gehörenden früheren deutschen und entsprechenden ausländischen Adelsbezeichnungen im Sinne der Geschäftsverteilung **nicht** als Teil des Familiennamens;

B. bei Klagen von Firmen, Gesellschaften, Vereinen, Anstalten und anderen juristischen Personen:

- a) der Anfangsbuchstabe des ersten, in der Firma usw. enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;
- b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes der Firma usw.; Phantasiebezeichnungen und schlagwortartige Abkürzungen gelten auch dann als Hauptwörter, wenn sie keine zusammengezogenen Bestandteile von Hauptwörtern enthalten;
- c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes.

In den Fällen zu b) und c) bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

C. Bei Klagen

- a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemeinschuldners;
- b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
- c) eines Nachlaßverwalters, Nachlaßpflegers oder Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.

D. Werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Kläger genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend.

2. Soweit sich die Geschäftsverteilung nach Anfangsbuchstaben richtet, sind an einem Tag eingehende Streitsachen in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen des Klägers, einzutragen.
3. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für bereits anhängige Sachen sowie für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
4. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrunde liegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
5. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
6. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

1. Es sind zugewiesen

dem I. D-Senat

alle zur Entscheidung eingehenden Sachen, mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren insoweit, als er in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat,

dem II. D-Senat

die Wiederaufnahmesachen insoweit, als der I. D-Senat in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.

2. Die beim II. D-Senat anhängigen Sachen, ausgenommen Wiederaufnahmesachen, für die er nach Ziffer 1 zuständig bleibt, gehen mit Wirkung vom 1. Januar 1973 auf den I. D-Senat über.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen

dem I. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung,

dem II. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet

der I. WD-Senat, wenn der II. WD-Senat,

der II. WD-Senat, wenn der I. WD-Senat

in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen aus der Zeit vor der Errichtung des II. WD-Senats gelten als Entscheidungen des I. WD-Senats.

3. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der I. WD-Senat zuständig.
4. Die Zuständigkeit des I. WD-Senats für Verfahren, die bis zum 31. Dezember 1972 anhängig geworden sind, bleibt unberührt.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

B. Besetzung

I. Revisionssenate

I. R-Senat

Präsident	Dr. Zeidler
Richter	Dr. Heinrich
Richter	Dr. Paul
Richter	Dörffler
Richter	Dr. Sommer
Richterin	Dr. Eckstein (bis zum 30. April 1973 zugleich III. R-Senat)

II. R-Senat

Vorsitzende Richterin	Schmitt
Richter	Dr. de Chapeaurouge
Richter	Weber-Lortsch
	zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt
Richter	Dr. Idel
Richter	Dr. Rosendahl (zugleich II. D-Senat)
Richter	Wetzel (zugleich II. D-Senat)

III. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Sieveking
Richter	Dr. Dodenhoff
Richter	Sigulla
Richter	Dr. Messerschmidt
Richterin	Dr. Eckstein (bis zum 30. April 1973 (zugleich I. R-Senat))
Richter	Fandré

IV. R-Senat

Vorsitzender Richter	Oppenheimer
Richter	Clauß
Richter	Isendahl
Richter	Prof. Dr. Weyreuther
Richter	Dr. Korbmacher
Richter	Noack

V. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Hering
Richter	Dr. Gützkow
Richter	Dr. Rösigen
Richter	Dr. Fink
Richter	Rochlitz
Richter	Dr. Schwarz

VI. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Fürst
Richter	Kellner
Richter	Dr. Waitz
Richter	Dr. Becker
Richter	Dr. Nehlert
Richter	Niedermaier

VII. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Sendler
Richter	Dr. Zehner
Richter	Fischer
Richter	Dr. Heddaeus
Richter	Klamroth
Richter	Willberg

VIII. R-Senat

Vorsitzender Richter	Arndt (zugleich II. D-Senat)
Richter	Dr. Dr. Schröcker
Richter	Maetzel
Richter	Dr. Raschke
Richter	Türke

II. Disziplinarsenate

1. Richter

I. D-Senat	
Vorsitzender Richter	Dr. Dickertmann
Richter	Dr. Röhrmann (bis einschließlich 31. Januar 1973)
Richter	Lange (zugleich II. D-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Amelung zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt (auch zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Hardraht

II. D-Senat

Vorsitzender Richter	Arndt (zugleich VIII. R-Senat)
Richter	Lange (zugleich I. D-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Rosendahl (zugleich II. R-Senat)
Richter	Wetzel (zugleich II. R-Senat)

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Disziplinarsenate werden nach Maßgabe der §§ 49, 55 BDO an Hand der im Auslosungsverfahren bei den Senaten gebildeten Jahreslisten berufen.

Für die ab 1. Mai 1957 eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte und Ruhestandsbeamte aus dem Dienstbereich der Landespostdirektion Berlin, der Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung einschließlich der Monopolverwaltung für Branntwein und des Devisenüberwachungsdienstes sowie der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin (§ 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der in den einzelnen Verwaltungszweigen des Landes Berlin beschäftigten Personen vom 26. April 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 397 —, geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1967 — Bundesgesetzbl. I S. 725, 744) wird im Auslosungsverfahren eine gemeinsame Beisitzerliste gebildet und von einem Beamten des gehobenen Dienstes geführt; aus ihr ziehen die Disziplinarsenate in der Reihenfolge ihres Bedarfs die ehrenamtlichen Richter nach Maßgabe der in Absatz 1 genannten Gesetzesvorschriften heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

I. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Saalmann
Richter	Mühlenfeld
Richter	Dr. Schweiger
Richter	Seide
Richter	Dr. Knorr

II. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Glöckner
Richter	Dr. Leußer
Richter	Dr. Knackstedt
Richter	Dr. Ehrl

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 73 und 68 Wehrdisziplinarordnung berufen.

IV. Großer Senat

Mitglieder

Präsident	Dr. Zeidler
Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Sendler
Richter	Amelung
Richter	Dr. Gützkow
Richter	Dr. Heddaeus
Richter	Dr. Korbmacher
Richter	Dörffler

Vertreter

Vertreter des Vorsitzenden
der jeweilige allgemeine Vertreter des Präsidenten

Vorsitzender Richter	Arndt
Richter	Dr. Becker
Richter	Weber-Lortsch
Richter	Mühlenfeld
Richter	Türke
Richter	Prof. Dr. Weyreuther

V. Gemeinsamer Senat

der obersten Gerichtshöfe des Bundes

I. Mitglieder kraft Amtes

1. der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Dr. Zeidler
 2. die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts
- Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
	Richter	Richter	Richter
I. R	Dr. Heinrich	Dr. Paul (2. Mitglied)	Dörffler (1. Vertreter) Dr. Sommer (2. Vertreter)
II. R	Weber-Lortsch	Dr. Idel	Dr. de Chapeau- rouge
III. R	Dr. Dodenhoff	Sigulla	Dr. Messer- schmidt

IV. R	Clauß	Prof. Dr. Weyreuther	Isendahl
V. R	Dr. Gützkow	Dr. Rösgen	Dr. Fink
VI. R	Kellner	Dr. Waitz	Dr. Becker
VII. R	Dr. Zehner	Fischer	Dr. Heddaeus
VIII. R	Maetzel	Türke	Dr. Dr. Schröcker
I. D	Amelung	Dr. Hardraht	
II. D	Lange	Dr. Rosendahl	
I. WD	Mühlenfeld	Dr. Schweiger	Seide
II. WD	Dr. Leußner	Dr. Knackstedt	Dr. Ehrl
Großer Senat	Vors. Richter Prof. Dr. Sandler	Dörffler	Dr. Heddaeus

C. Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Soweit keine Sonderregelung getroffen ist, werden die dienstältesten Beisitzer zu stellvertretenden Vorsitzenden bestellt.

III. Vertretung der Beisitzer

- Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 4 VwGO i. V. m. § 21 g GVG zu treffenden Anordnung. Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer:
 - bei den Revisionssenaten sich gegenseitig die Beisitzer des I. und IV. Senats
(ausgenommen: Richter Dr. Sommer als Präsidialreferent und Richter Dr. Eckstein, soweit sie durch die Vertretung des Präsidialreferenten verhindert ist)
die Beisitzer des II. und VI. Senats
die Beisitzer des III. und V. Senats
(ausgenommen Richter Dr. Eckstein)
die Beisitzer des VII. und VIII. Senats
 - bei den Disziplinarsenaten
die Beisitzer des I. und II. Senats sich gegenseitig
 - bei den Wehrdienstsenaten
die Beisitzer des I. und II. Senats sich gegenseitig
- Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat beginnt am 1. Januar 1973 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienstalters fort. Ist

der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen.

Soweit über Ziffer 1 a und b hinaus in den Revisions- und Disziplinarsenaten eine Vertretung erforderlich wird, werden alle Richter von allen beisitzenden Richtern dieser Senate, beginnend mit dem dienstjüngsten und fortlaufend in der Reihenfolge des Dienstalters, vertreten.

- Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 73 Abs. 2 Satz 4 Wehrdisziplinarordnung) sind die Richter Amelung und Lange zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.
- Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des vertretenden Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans benannt. Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen. Das dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im Dienstalter folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall usw. wahrzunehmen.